

► intro

Ihr haltet die Erstausgabe der *update*^{hochschulpolitik} in der Hand, des neuen Newsletters von Theresia Bauer, der hochschulpolitischen Sprecherin der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg. Zwei Mal im Jahr wollen wir Euch künftig durch die *update*^{hochschulpolitik} die neuesten Infos und Debatten aus der Hochschulpolitik im Lande übermitteln. Details zu einzelnen und weiterführende Infos bekommt Ihr gerne bei uns, Anruf oder Mail genügt. *update*^{hochschulpolitik} wird künftig per Email verschickt und kann einfach per Mail (theresia.bauer@gruene.landtag-bw.de) abonniert werden.

► verwaltungsgebühren

Die Rückmeldegebühr ist vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. Jetzt will die CDU-FDP-Koalition Verwaltungsgebühren von 75 € pro Semester einführen, was nichts anderes als eine Wiederauflage der verfassungswidrigen Rückmeldegebühr mit Aufschlag darstellt. Es handelt sich bei diesen Gebühren schlicht und einfach um kaum verhohlene Studiengebühren. Sie sind kein Beitrag zu einer modernen Hochschulfinanzierung: Die erwarteten Einnahmen sind bereits in den Landeshaushalt zum Stopfen der Haushaltslöcher eingestellt und kommen den Hochschulen damit erst gar nicht zugute. In einem Antrag haben wir die Landesregierung aufgefordert, aus dem Urteil zur Rückmeldegebühr die Konsequenzen zu ziehen und unverzüglich die zu Unrecht erhobenen Rückmeldegebühren zurückzuerstatten. Die Konsequenz aus dem Scheitern vor dem Bundesverfassungsgericht darf nicht sein, statt 50 € jetzt 75 € von den Studierenden zu erheben. Die Finanzierung der Hochschulen muss in Zukunft auf besseren Füßen stehen. Die Diskussion über intelligente, moderne und sozial verträgliche Modelle zur Hochschulfinanzierung steht auf der Tagesordnung. Aber durch jederzeit nach oben veränderbare Verwaltungsgebühren durch die Hintertür Studiengebühren zu erheben ist das einfallsloseste Modell.


► selbstauswahlrecht

Zum Wintersemester müssen die baden-württembergischen Hochschulen einen großen Teil ihrer Studienanfängerinnen und Studienanfänger selbst auswählen. Anstatt Hochschulen und Studierenden das Recht zu verleihen, eine direkte Auswahl zu treffen, hat die Landesregierung ein Gesetz erlassen, das Auswahl zur Pflicht macht und von Misstrauen gegenüber den Hochschulen geprägt ist. Krasse Überreglementierung und mehr Bürokratie sind die Folge. Von der proklamierten Selbstständigkeit der Hochschulen bleibt bei der konkreten Umsetzung nichts übrig.

Die Hochschulen müssen künftig in allen Fächern mit lokalem NC 90% der Bewerberinnen und Bewerber selbst auswählen – dabei hätte es genügt, den Hochschulen das Recht einzuräumen, bis zu 90% selbst auswählen zu können und es ihnen zu überlassen, in welchem Umfang sie davon Gebrauch machen wollen. Auch die Auswahlkriterien werden nicht den Hochschulen überlassen. Beispiel: Die Abitur-Kernfächer Deutsch, Mathematik und eine Fremdsprache sind zwingend zu berücksichtigen. Baden-württembergische Spezifika, die alle Bewerber aus anderen Ländern, in denen es solche 'Kernfächer' nicht gibt, benachteiligt. Ganz zu schweigen von der Benachteiligung ausländischer Bewerberinnen und Bewerber. Der Wettbewerbsgedanke wird zugunsten einer Bevorzugung der Landeskinder über Bord geworfen.

Hochschuleigene Auswahlverfahren verursachen erhebliche Kosten. Die Landesregierung lässt jedoch den Hochschulen keine zusätzlichen Mittel zukommen. Wir befürchten die Einführung von Billigstverfahren, bei denen nicht Qualität im Vordergrund steht, sondern Minimierung des Aufwands. Außerdem droht, dass einzelne Hochschulen die Kosten auf Bewerberinnen und Bewerber abwälzen.

Fazit: Das richtige Ziel, Auswahlrechte zu stärken, droht durch überbordenden Bürokratismus ins Leere zu laufen und ist kein Beitrag zur Verbesserung der Lehre.

 *Zum Weiterlesen: „Wer wählt wen wie aus?“ – Dokumentation der Anhörung vom 21.10.02; bei Interesse kostenlos bei uns bestellen.*

► rektorwahl

Die Rektorwahl in Freiburg ist Anlass, zukünftig für ein neues Verfahren der Rektorwahlen in Baden-Württemberg zu sorgen. Das der Wahl vorausgegangen Verfahren zeigt deutlich die Anfälligkeit der derzeitigen Regelungen: beim Zustandekommen des Wahlvorschlags wurden andere, externe Bewerberinnen und Bewerber mit zum Teil abenteuerlichen Begründungen ausgeschlossen.

Freiburg ist keine Ausnahme: Eine Anfrage der Grünen hat ergeben, dass von insgesamt 35 Rektorwahlen seit Inkrafttreten des neuen Gesetzes im Jahr 2000 in 12 Fällen von nur jeweils ein Bewerber zur Wahl vorgeschlagen worden war. Das Gesetz sieht aber vor, dass ein Wahlvorschlag in der Regel mindestens drei Bewerbungen enthalten muss, da nur so eine echte Wahl gewährleistet ist. Ausnahmen seien nur in begründeten Fällen möglich, so das Wissenschaftsministerium. Wenn Auswahlkommissionen unter Vorsitz von Hochschulratsvorsitzenden jedoch in einem Drittel aller Fälle nur einen einzigen Wahlvorschlag präsentieren, ist dies keine Ausnahme von der Regel mehr. Also: Rektorwahlen müssen weg vom Hochschulrat, da Rektoren und Hochschulräte in der Praxis eng zusammenarbeiten müssen und daher voneinander abhängig sind.

Das gesamte Wahlverfahren muss transparenter und demokratischer werden. Wir fordern deshalb Rektorwahlen durch die gesamte Hochschule. Dann wird über die Vorstellungen der Bewerber zur Zukunft der Hochschule offen und hochschulweit diskutiert und entschieden werden – dies wäre ein echter Fortschritt für eine demokratische Hochschullandschaft.

► schließung ta-akademie

Die Akademie für Technikfolgenabschätzung in Stuttgart, die im vergangenen Jahr ihr 10jähriges Bestehen feierte, wird aufgelöst. Dies beschloss die Landesregierung unter Verweis auf die knappen Finanzen im Land - ungeachtet vieler, auch internationaler Proteste. Damit spart sie an verkehrter Stelle, denn sie streicht kritischen Sachverstand zur Bewältigung der Folgen technischer Veränderung. Neue technische Entwicklungen, wie das Klonen von Menschen oder Kommunikationstechnologien, verlangen eine intensive Vorausschau und Bewertung der Chancen und Risiken für die Gesellschaft. Es ist kurzsichtig und verhängnisvoll, die Akademie für Technikfolgenabschätzung ersatzlos abzuschaffen. Der Zwang zum Sparen ist nur ein billiger Vorwand, um dieser international anerkannten Vorzeigeeinrichtung den Garaus zu machen. Denn im Pflanzengärtlein des Landeshaushaltes gedeihen nach wie vor völlig unbehelligt viele Orchideen, wie etwa die millionenschwere Imagekampagne.

Mit einer weitsichtigeren Regierungspolitik hätte die TA-Akademie die Chance gehabt, durch eine noch stärkere Drittmittelinwerbung selbst bei reduzierten Landeszuschüssen erfolgreich weiterarbeiten zu können.

► Studierende brauchen selbstständigkeit

Auf gute Bildung möglichst aller Menschen kommt es in einer demokratischen und wissensbasierten Gesellschaft an. Für jeden und jede einzelne basiert ein selbstbestimmtes Leben auf der Fähigkeit, sein Leben selbstständig zu gestalten und Verantwortung für sich wie auch für andere zu übernehmen. Im Zentrum grüner Bildungspolitik steht deshalb der Begriff der Selbstständigkeit – sowohl als Leitidee für die Bildungsbiografie jedes Individuums, als auch als Richtschnur für die Bildungsinstitutionen vom Kindergarten, über Schule und Weiterbildungseinrichtungen bis zur Hochschule.

Wenn es um Selbstständigkeit der Hochschulen geht, reduziert sich die Aufmerksamkeit meist umgehend auf das Geld: Der Ruf nach mehr Geld vom Staat oder mehr Geld von den Studierenden durch Studiengebühren. Ohne Zweifel sind die Hochschulen unterfinanziert, dem Anstieg der Studierendenzahlen seit den 70er Jahren entsprach kein entsprechender Anstieg an finanziellen Mitteln. Ohne Zweifel brauchen wir eine bessere Hochschulfinanzierung, die besonders für eine bessere Qualität und Ausstattung der Lehre sorgt. Ohne Zweifel aber ist die selbstständige Hochschule viel mehr als eine Frage der Hochschuleinnahmen.

Wir wollen Hochschulen vom ministeriellen Gängelband in die Selbstständigkeit entlassen, ihnen mehr Handlungsspielräume und Verantwortung überlassen. Das muss einhergehen mit mehr demokratischer Legitimation, mit Öffentlichkeit und Transparenz der neuen Leitungsinstanzen. Beteiligung aller Hochschulangehörigen und Zugang zu allen relevanten Informationen sind unverzichtbare Voraussetzungen für Hochschulen: Das wissenschaftliche Prinzip der Selbstreflexion muss auch für den Ort der Hochschulen als Ganzes gelten. Wir wollen Rektorwahlen durch alle Hochschulangehörigen als Signal für eine neue demokratische Kultur an Hochschulen.

Der Faktor Studierende kommt in der Hochschuldiskussion meist als Last vor: als Überlast, die es zu untertunneln gelte oder als Masse mit vielen vermeintlich Studierunwilligen und -unfähigen, bei der man die Spreu vom Weizen trennen müsse. Das Umdenken muss hier ansetzen: Wir brauchen mehr Studierende, weil unsere Gesellschaft einen höheren Anteil an wissenschaftlich ausgebildeten Menschen braucht. Deshalb brauchen wir Hochschulen, die um Studierende werben und die mit Erfolg ausbilden wollen. Das Hochschulfinanzierungssystem muss entsprechend umgebaut werden. Es muss finanzielle Anreize bieten, möglichst viele Studierende gut auszubilden.

Wir wollen eine Reform der Hochschulfinanzen, die mehrere Ziele gleichzeitig verfolgt:

- ▷ mehr Geld in die Hochschule, besonders zur Stärkung der Lehre
- ▷ höhere Akademikerquote und höhere Zugangsgerechtigkeit:
 - Studieren unabhängig vom Geldbeutel der Eltern
- ▷ Selbstständigkeit der Studierenden fördern, zu effektivem Umgang mit öffentlichen Mitteln anregen
- ▷ Qualität der Lehre an Hochschulen verbessern
- ▷ Lebenslanges Lernen fördern

Finanzielle Eigenbeteiligung von Studierenden ist für uns kein Tabu, wenn das Reformmodell die oben genannten Ziele erreicht. Von allen möglichen Finanzierungsinstrumenten ist die allgemeine Studiengebühr der einfallssloseste Vorschlag, sie wäre in vieler Hinsicht kontraproduktiv. Ich plädiere für das Instrument der Bildungsgutscheine, das den Studierenden von Beginn an Einfluss an den Hochschulen gibt, ohne diese sofort finanziell zu belasten. Das Erststudium bleibt dabei gebührenfrei. Gebühren für weiterführende Studiengänge können nachlaufend und damit sozial verträglich erhoben.

► parlamentarische initiativen

Unsere parlamentarischen Initiativen zur Hochschulpolitik in der jetzigen Legislaturperiode im Überblick. Die ausführlichen Fassungen gibt es unter <http://www.landtag-bw.de/dokumente/index.asp>.

- 25.03.2003 Rückmeldegebühren (AN13/1927)**
Verfahren zur Rückzahlung der zu Unrecht erhobenen Rückmeldegebühren
- 20.03.2003 Neukonzeption des Grundschulstudiums (AN 13/1919)**
Neukonzeption des Grundschulstudiums in der neuen Prüfungsordnung für Grund- und Hauptschulen
- 07.03.2003 Frauenanteil an Hochschulen (KA 13/1863)**
Entwicklung 2002 gegenüber 1992/1997
- 18.02.2003 Zukunft des FAW an der Universität Ulm (KA 13/1798)**
Zukunft des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW) an der Universität Ulm
- 12.02.2003 Rektorwahlen an den Hochschulen in Baden-Württ. (AN 13/1779)**
Überprüfung des Wahlverfahrens aufgrund des Verhaltens des Auswahlausschusses für die Rektorwahl in Freiburg und Änderung der Verfahren im Rahmen der anstehenden Novellierung des Hochschulgesetzes
- 11.02.2003 Bachelor-Studiengänge (AN 13/1774)**
Akzeptanz der neuen Bachelor- und Master-Abschlüsse aufseiten der Absolventen und Abnehmer sowie die mögliche Beeinträchtigung der internationalen Anerkennung
- 19.12.2002 Kooperation zwischen Kommunen und Hochschulen (KA 13/1643)**
Formen der Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Regionen und Hochschulen
- 17.12.2002 Solidarpakt II (AN13/1632)**
Ausgestaltung einer Verlängerung des Solidarpakts bzw. der Hochschulfinanzierung mittels neuer Steuerungsinstrumente
- 14.11.2002 Kosten für Studierende durch Auswahlverfahren (AN 13/1519)**
Pläne der Landesregierung oder der Hochschulen zur Erhebung von finanziellen Beiträgen von Studienbewerbern für die Teilnahme an Auswahlverfahren
- 18.10.2002 Zukunft der Akademie für Technikfolgenabschätzung (AN13/1410)**
Bewertung des Gutachtens des Wissenschaftsrats über die Qualität der TA-Akademie und Konsequenzen für deren Zukunft
- 15.05.2002 Umsetzung Juniorprofessur (AN 13/1014)**
Festlegung von Kriterien der Ausschreibung und Evaluation von Juniorprofessuren, Verbesserung des Frauenanteils in der Professorenschaft, Umgestaltung der Habilitationsförderprogramme
- 17.04.2002 Forschung und Lehre zum ökologischen Landbau (AN13/0929)**
Konzept und Mittelbereitstellung zum Aufbau eines "Zentrums für Forschung und Lehre Ökologischer Landbau" an der Universität Hohenheim
- 26.02.2002 NC für das Lehramtsstudium an den Pädagogischen Hochschulen verhindern (AN 13/0784)**
Entwicklung der Studienanfängerzahlen und Auslastung der einzelnen PH nach Studiengängen und -fächern seit 1997 erfordern Überlastprogramme
- 21.02.2002 Nebentätigkeiten med. Universitätsprofessoren (AN 13/0767)**
Einnahmen aus Nebentätigkeiten und Höhe des abgeführten Nutzungsentgelts der medizinischen Universitätsprofessoren
- 31.01.2002 Einordnung von Master-Abschlüssen (AN 13/0708)**
Laufbahnrechtliche Einordnung von Master-Abschlüssen bzw. Eröffnung des Zugangs zum höheren Dienst für Absolventen der Master-Studiengänge an FH
- 30.01.2002 Zielvereinbarungen mit Hochschulen (AN 13/0695)**
Stand, Zielvorgaben und Zeitplan von Verhandlungen des Ministeriums mit den Hochschulen über Zielvereinbarungen
- 25.01.2002 Studienerfolgsquote an den PH (KA 13/0677)**
Prognosen für den künftigen Lehrerbedarf
- 21.01.2002 Privatisierung der Universitätskliniken (AN13/0643)**
wirtschaftliche Entwicklung der Universitätsklinika seit der Umwandlung in Anstalten des öffentlichen Rechts
- 20.11.2001 Dienstrechtsreform zum Erfolg verhelfen (AN 13/0465)**
Zustimmung zum Fünften Gesetz zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes und des Gesetzes zur Reform der Professorenbesoldung im Bundesrat
- 19.10.2001 Wohnraumsituation ausländischer Studierender in BaWü (AN 13/0343)**
Entwicklung der Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen sowie privat vermieteten Wohnungen

(AN: Antrag; KA: Kleine Anfrage)

► kontakt

www.theresia-bauer.de
www.bawue.gruene-fraktion.de

update hochschulpolitik, der hochschulpolitische Newsletter von Theresia Bauer, erscheint 2x jährlich und kann per Email abonniert werden.

» Impressum

Theresia Bauer, MdL
(Hochschulpolitische Sprecherin)

Sebastian Bukow
(Persönlicher Referent)

Thomas Gehring
(Parlamentarischer Berater Bildung)

» Büro Stuttgart

Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart

Tel. 0711.20 63-688

Fax 0711.20 63-14-688

theresia.bauer@gruene.landtag-bw.de